



konrad_gerards@yahoo.de 0152/25984991
sabinegruetzmacher@yahoo.de 0176/43213046

**Sitzung des Rates
der Stadt Gummersbach
am 26.01.2021**

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Gummersbach
vom 05.01.2021

für die Ratssitzung am 26.01.2021

Sind im Augenblick und in Zukunft ausreichend Wohnungen für Menschen mit einem Rechtsanspruch auf geförderten Wohnraum in Gummersbach zu erwarten?

Es wird folgende Anfrage gestellt:

1. Wie viele geförderte Wohnungen gab es 2014 und 2020? Wie viele geförderte Wohnungen wird es bei keinem Neubau von geförderten Wohnungen in 2030 geben?
2. Wie viele geförderte Wohnungen sind in den letzten 10 Jahren gebaut worden?
3. Wie viele Einzelpersonen und Familien haben im Augenblick einen Anspruch auf geförderten Wohnraum?
4. Gibt es Bürger*innumfragen oder sind diese angedacht, um eine valide Vorstellung über die Wohnraumsituation in Gummersbach zu erhalten?
5. Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, um den augenblicklichen Mangel und den wahrscheinlichen Bedarf in 2030 an gefördertem Wohnraum und bezahlbarem barrierefreiem Wohnraum in Einklang zu bringen?

Begründung:

Es gibt laut Aussagen von Bürger*innen und Akteur*innen sozialer Arbeit einen Mangel an Wohnungen, die bezahlbar und/oder barrierefrei sind. Dieser Mangel führt laut Aussagen u.a. von Beratungsstellen der Wohlfahrtspflege zu Auswirkungen auch auf die soziale Arbeit. Anschlussperspektiven z.B. nach der Jugendhilfe oder für Frauen nach Krisensituationen können teilweise nicht erarbeitet werden, da der dafür benötigte und bezahlbare Wohnraum fehlt. Doch auch für Familien und Menschen in prekärer Beschäftigung sowie Rentner*innen mit niedriger Rente stellen die stetig steigenden Preise nicht nur eine Belastung dar, sondern sind bei Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit oder Eigenbedarf seitens privater Vermieter*innen auch als Risikofaktor für eine drohende Wohnungslosigkeit zu sehen. Verdeckte Wohnungslosigkeit und Überbrückungen bei Familie, Verwandtschaft oder Freunden, bis wieder eine eigene Wohnung gefunden werden kann, sind auch in Gummersbach z.B. nach Aussage der Wohnhilfen Oberberg ein Thema. Die Wohlfahrtsverbände trugen dieser Problematik schon Ende 2019 durch Fachtagungen Rechnung. Caritas, Diakonie und der Paritätische Wohlfahrtsverband mahnen hier an, dass die Problemlagen sich verschärfen werden und hier Lösungen seitens der Politik gefunden werden müssen. Wir möchten mit unserer Anfrage den ersten Schritt zu einem Monitoring gehen und valide Zahlen erhalten, auf deren Grundlage wir dann mögliche politische Lösungsansätze diskutieren können.

Sabine Grützmacher
(Fraktionssprecherin)

Konrad Gerards
(Fraktionssprecher)